

Hamburgs Handel und Verkehr

Von Dr. Gottfr. Leuckfeld, Syndikus der Handelskammer Hamburg.

Wenn im letzten Jahresrückblick festgestellt werden konnte, daß das vorangegangene Jahr als ein Jahr beginnenden Aufstiegs zu bezeichnen war, so kann für das Jahr 1927 ausgesprochen werden, daß in diesem sich der Aufstieg kräftig fortgesetzt und einen gewissen Höhepunkt erreicht hat. Ausgehend von der Anregung, die die deutsche Wirtschaft im Jahre 1926 durch den englischen Kohlenstreik und durch Regierungsmaßnahmen zur Beseitigung der Erwerbslosigkeit und zur Stärkung des Inlandmarktes erhalten hatte, setzte sich der Aufstieg bereits zu Anfang 1927 derartig fort, daß von einem Jahre guter Konjunktur gesprochen werden kann. Mit der sich steigernden Beschäftigungsmöglichkeit nahm die Zahl der Erwerbslosen bis auf einen den normalen Zustand nur wenig überschreitenden Umfang ab, wodurch wiederum der Kreis der Konsumenten entsprechend vergrößert wurde. Die infolgedessen vergrößerte Nachfrage nach den notwendigsten Bedarfsartikeln übte auf die Inanspruchnahme der hierfür arbeitenden Industriezweige eine günstige Wirkung aus, so daß von einer Hochkonjunktur gesprochen wird. Allerdings zeigten sich diese günstigen Erscheinungen in der Hauptsache auf dem Inlandmarkt, während die Ausfuhr teils als Folge des inländischen Bedarfs, teils infolge der Konkurrenz und künstlicher Hemmnisse auf den Auslandsmärkten nicht den Grad erreichen konnte, um der Einfuhr, die für die verstärkte inländische Produktion notwendig war, das Gegengewicht halten zu können. Wenn auch die sich daraus ergebende passive Handelsbilanz nicht als ein Merkmal ungesunder Entwicklung der Verhältnisse gewertet zu werden braucht, so verdient sie doch um so mehr Beachtung, als infolge des starken Kreditbedarfs der deutschen Wirtschaft, und des Anleihebedürfnisses der öffentlichen Körperschaften sowie der Reparationsverpflichtungen unsere Zahlungsbilanz eine starke Passivität aufweist. Trotzdem zeigen die Zahlen der Steigerung der Sparkasseneinlagen, der Rückgang von Konkursen und Zahlungsschwierigkeiten, die Zahlen des Eisenverbrauchs und ähnliche Gradmesser für die Intensivität der wirtschaftlichen Erzeugung, schließlich auch das Vertrauen, das uns im Ausland durch Gewährung von Krediten und Anleihen gegeben wird, daß wir im Wiederaufstieg ein gutes Stück vorwärts gekommen sind.

Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, daß wir uns im letzten Jahre der uns für die Reparationsverpflichtungen durch den Dawes-Plan gewährten Atempause befinden; deren baldige Beendigung muß zu Beunruhigung Veranlassung geben, denn erst wenn das Dawes-Abkommen in vollem Umfange in Wirkung tritt, wird sich zeigen, welche Folgen die Widersprüche hervorrufen, die in der damit gefundenen Regelung liegen. Wenn Deutschland, um seine Verpflichtungen zu erfüllen, mit höchster Kraftanstrengung und unter den durch Rationalisierungsmaßnahmen erforderlichen Entbehrungen mit seiner Wirtschaft Höchstes zu leisten bestrebt ist, dann darf ihm dies nicht, wie es jetzt vielfach im Ausland geschieht, zum Vorwurf gemacht werden, sondern es muß ihm auch nach außen hin die nötige Bewegungsfreiheit gegeben werden, um den im Auslande ohnedies als Kriegsfolge eingetretenen erschwerten Konkurrenzverhältnissen begegnen zu können, ohne allenthalben durch Zollmauern und ähnliche Handelshemmnisse behindert zu werden. Es ist nicht auf die Dauer möglich, daß man von den „Besiegten“ Abrüstung und Entschädigungen verlangt, während man auf der Gegenseite in der im Kriege gewonnenen Erkenntnis von der Bedeutung einer leistungsfähigen Industrie für die Kriegsführung sich auf den „Schutz der nationalen Kriegsindustrie“ einstellt; man baut dort nicht nur nicht die seit dem Kriege geschaffene gewaltige Kriegsrüstung gemäß den im Versailler Verträge gegebenen Versprechen ab, sondern man führt sogar den Wirtschaftskrieg noch immer weiter und vervollständigt durch handelspolitische Maßnahmen auch die wirtschaftliche Rüstung, obwohl man im Ruhrkrieg hätte erkennen können, daß man durch derartige Maßnahmen unsere Industrie nicht niederzwingen kann. Der wirt-

schaftliche Kampf geht weiter trotz aller schönen Reden, die an der Weltwirtschaftskonferenz und ähnlichen internationalen Tagungen von amtlicher und privater Stelle gehalten worden sind. Trotz der Beschlüsse gegen Handelshemmnisse usw. werden immer neue aufgebaut; vor Handelsvertragsverhandlungen werden die Zölle erhöht und nachdem man Verträge geschlossen hat, durch Auslegung bei der Anwendung Schwierigkeiten erzeugt. Erklärlich, daß bei solcher Einstellung der Verwaltungen die Wirtschaftenden selbst immer mehr dazu übergehen mit den Konkurrenten im Auslande auf privatem Wege Verständigung zu suchen. Zu den Vereinbarungen, über die beim Abschluß des Jahres 1926 berichtet werden konnte, kommen nun auch auf dem Gebiete der Farbenindustrie ähnliche Versuche hinzu. Wie bei der Feier des 50jährigen Bestehens des „Vereins zur Wahrung der Interessen der Chemischen Industrie Deutschlands“ berichtet wurde, sind Vorbereitungen im Gange, um die auf dem Gebiet der Farbenindustrie in Deutschland, England, der Schweiz und Frankreich bestehenden Vereinigungen wieder unter sich in internationale Fühlung zu bringen. Das sind Vorgänge, die um so mehr zu beachten sind, als darin die Gefahr liegt, daß die Führung in handelspolitischen Verhandlungen zwischen den Völkern den Regierungen immer mehr entgleitet und in die Hände der Wirtschaft übergeht. Für weite Kreise der hamburgischen Wirtschaft bedeuten gleichzeitig derartige Maßnahmen, daß mit der Ausschaltung der amtlichen Handelspolitik gleichzeitig der Handel selbst ausgeschaltet wird.

Die handelspolitischen Beziehungen zum Auslande bedürfen um so mehr pfleglichster Behandlung als die oben erwähnte, insbesondere auf dem Inlandabsatz beruhende Hochkonjunktur nur allzuleicht wieder in ihr Gegenteil verkehrt werden könnte, wenn nicht Ausfuhrbeziehungen vorhanden sind, die die Produktion aufnehmen können, sobald der Inlandmarkt versagt. Zwar hat die gegen Ende des Jahres durchgeführte Beamtenbesoldungsreform die Grundlage für weitere Erstärkung des Inlandabsatzes gegeben, sobald aber diejenigen Maßnahmen in Angriff genommen werden, die infolge der bereits unerträglich gewordenen Steuerlast im Rahmen von Verwaltungsreform, Vereinheitlichung von Verwaltung bei Reich, Ländern und Kommunen unvermeidlich werden, muß ein Rückschlag im Innern eintreten, der nur ertragen werden kann, wenn aufnahmefähige Auslandsmärkte vorhanden sind. Allerdings sind auch die seit längerer Zeit in Bearbeitung befindlichen Handelsvertragsverhandlungen ein Stück weitergekommen; der Handelsvertrag mit Frankreich wurde am 18. August abgeschlossen und sieht eine Geltungsdauer vom 5. September 1927 bis zum 1. April 1929 vor. Desgleichen sind die Verhandlungen mit Jugoslawien beendet und mit verschiedenen anderen Ländern sind teils Ergänzungsverträge geschlossen, teils Sonderabmachungen getroffen worden. Im übrigen gestalten sich schwebende Verhandlungen außerordentlich schwierig; insbesondere ist in den Verhandlungen mit Polen noch immer kein sichtbarer Fortschritt zu bemerken und mit den drei größten wirtschaftlichen Weltmächten, den Vereinigten Staaten, Großbritannien und seinen Kolonien und mit Rußland bestehen lediglich Meistbegünstigungsverträge, deren Auswirkungen in Kreisen der Industrie als unzulänglich empfunden werden. Ob die z. Zt. vorhandene handelspolitische Grundlage genügt, um trotz der verschärften Konkurrenzverhältnisse auf dem Weltmarkte einer Aufnahme eines deutschen Produktionsüberschusses die Wege zu ebnen, muß stark bezweifelt werden. Allerdings hat die Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbundes und im Anschluß daran die Tagung der Internationalen Handelskammer Grundsätze für Annäherung der Völker auf wirtschaftlichem Gebiete aufgestellt und die im Herbst stattgehabten Verhandlungen in Genf über die Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote und die Vereinheitlichung der Zollnomenklatur bedeuten einen Anfang auf dem Wege internationaler Verständigung in